

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2016

"Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beantwortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2016 vom 15.05.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2173 des VF vom 22.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 26.06.2014



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. LIMA) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beantwortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Stellungnahme zur sogenannten „Laboraffäre Schottorf“ im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu dem öffentlich geäußerten Verdacht,

1. dass Ministerpräsident Horst Seehofer bereits 2010 von den angeblichen Missständen bei der Verfolgung verdächtiger Ärzte umfassend informiert war und die Beschwerde des LKA-Beamten nur an das Staatsministerium der Justiz weitergeleitet hatte, obwohl der Beschwerdeführer gerade dort die Ursache der Problem sah;
2. dass das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und damit die damalige Ministerin Dr. Beate Merk über die Größenordnung der betroffenen Ärzte bereits 2008 informiert war und deshalb die Antworten der Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragen des Abgeordneten Florian Streibl (Drs. 16/8832: Antwort zu Frage 4 a und b; Drs. 16/9460: Antwort zu 5.a) nicht zutreffen;
3. in Bezug auf die Auswirkungen des „Fingerzeigs“ im Schreiben des anwaltlichen Vertreters von Bernd Schottorf, Dr. Peter Gauweiler, Staatsminister a.D. und MdB, vom 13. Januar 2010, an den Präsidenten des Bayerischen Landeskriminalamts, die Staatsanwaltschaft München I und die 7. Strafkammer des Landgerichtes München I,

umfassend zu berichten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/2016**

**Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit
der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beant-
wortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!**

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Florian Streibl**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 22. Mai 2014 beraten und für erledigt erklärt.

Franz Schindler
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Olympischen Spiele und der Paralympics – Bessere Rahmenbedingungen für den Hochleistungs- und Spitzensport schaffen
Drs. 17/1215, 17/2313 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Flexibilisierung Biogasanlagen
Drs. 17/1462, 17/2348 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zu Alkoholabhängigkeit
Drs. 17/1637, 17/2349 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Aussetzung der 5-Tage-Regel (§ 17 AV BayKiBiG) in der Kinderbildung und -betreuung
Drs. 17/640, 17/2299

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beantwortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!
Drs. 17/2016, 17/2173

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat